



Niederschrift

**über die 7. Sitzung des Bildungs-, Generationen- und Sozialausschusses
am Donnerstag, 02.12.2021, 18:00 Uhr
Aula der Josef-Annegarn-Schule
Hanfgarten 18, 48346 Ostbevern**

Anwesend:

Ausschussmitglieder	
Behnen, Andreas	Bis einschließlich TOP 12
Beiers, Anja	
Börger, Clemens	Vertretung für Herrn Sacha Sommershof
Celik, Bugra Mert	Bis einschließlich TOP 12
D'Alò, Michele	
Dossow, Dajana	
Everwin, Bernhard	Vertretung für Frau Sandra Wiegert
Gutsche, Felix	
Haase, Michael	
Korte, Melissa	Bis einschließlich TOP 12
Läkamp, Karin	
Lamour, Martina	Bis einschließlich TOP 12
Laumann, Georg	Vertretung für Herrn Thomas Große Stetz- kamp
Lunkebein, Ulrich	
Meyer-Dietrich, Marion	
Niedermeier, Claudia	
Pelz, Karin	
Schapmann, Oliver	Vertretung für Frau Gabriele Jungblut
Spiekermann-Coppenrath, Heinz	
Struffert, Oliver	
Weglage, Wolfgang	
Winter, Andrea	Bis einschließlich TOP 12
Wördemann, Mike, Dr.	

von der Verwaltung

Fricke, Matthias
König, Michael, Dr.
Piochowiak, Karl
Roggenland, Barbara
Stegemann, Hubertus
Witt, Hans-Heinrich

Gäste

Frau Frölich, Herr Bögge und Herr Peters vom Amt für Kinder, Jugendliche und Familien des Kreises Warendorf

Es fehlen entschuldigt:

Ausschussmitglieder

Brettner, Simeon
Große Stetzkamp, Thomas
Jungblut, Gabriele
Scheele, Patricia
Schwarz, Celine
Sommershof, Sacha, Pfarrer
Wiegert, Sandra

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr

Ende der Sitzung: 21:50 Uhr

I. Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung

Frau Beiers eröffnet die Sitzung, begrüßt die Ausschussmitglieder und stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Auf die Ergänzungsvorlagen 2021/185/1, 2021/185/2, 2021/187/1, 2021/187/2, 2021/188/1 und 2021/188/2 wird verwiesen.

2. Bestimmung des Schriftführers

Herr Fricke wird zum Schriftführer der Sitzung bestimmt.

3. Feststellung der Befangenheit

Befangenheit wird nicht festgestellt.

4. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

5. Verpflichtung von Ausschussmitgliedern

Frau Beiers verpflichtet *Bugra Mert Celik* zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung seiner Aufgaben. Über diese Verpflichtung wird eine Niederschrift gefertigt.

6. Bericht des Bürgermeisters

1. Projektgruppe Schulentwicklungsplanung

Am Mittwoch, 10.11.2021, hat sich die Projektgruppe Schulentwicklungsplanung zu ihrer ersten Sitzung getroffen. Nach Vorstellung, Einführung und Erörterung haben sich die Projektteilnehmer darauf verständigt, zur Vorbereitung der Nutzwertanalyse Vorschläge zu Bewertungskriterien sowie zur Gewichtung bis zum 08.12.2021 zu erarbeiten.

Die 2. Sitzung der Projektgruppe findet am 15.12.2021 statt.

2. Luftfiltergerät

In der Sitzung des Bildungs-, Generationen- und Sozialausschusses am 07.09.2021 wurde der Beschluss gefasst, für den über die Bedarfserfassung ermittelten PC-Raum der Franz-von-Assisi-Grundschule ein mobiles Luftfiltergerät zu beschaffen. Hierfür wurde zunächst ein Förderantrag gestellt, welchem stattgegeben wurde. Mit Erhalt der Förderzusage wurde dann ein H14-HEPA-Filter Gerät bestellt und am Montag, 29.11.2021, ausgeliefert.

3. Neue Kindertagesstätte an der Bahnhofstraße

Der Kreis Warendorf hat mit Datum vom 18.11.2021 die Baugenehmigung für das oben genannte Bauvorhaben erteilt. Mit den vorbereitenden Arbeiten zum Bau der neuen Kindertagesstätte wurde begonnen. Die Baustelle ist eingerichtet. Erste Maßnahmen zum Schutz der vorhandenen großen Blutbuche wurden vorgenommen. Geplant ist, die Kita zum Beginn des Kindergartenhalbjahres am 01.02.2023 in Betrieb zu nehmen.

4. Standort des Spritzenautomaten der Aids-Hilfe Ahlen e. V.

Der Standort des Spritzenautomaten ist in der Ratssitzung am 05.10.2021 unter Anfragen nach § 17 thematisiert worden aufgrund des Neubaus des Mehrfamilienhauses auf dem Grundstück Schwegmann.

Die Verwaltung hat die Aids-Hilfe Ahlen e. V., die den Automaten aufgestellt hat und auch regelmäßig auffüllt, zu den vorgetragenen Bedenken befragt.

Die Aids-Hilfe hat den Standort in ihrer Jahreshauptversammlung daraufhin thematisiert. Sie ist sich – gemeinsam mit der verantwortlichen Person für die Befüllung und Instandhaltung des Automaten – einig, dass das neu errichtete Wohnhaus bzw. dessen Bezug keine negativen Auswirkungen auf die Nutzung des Automaten haben wird.

Durch den großen Parkplatz können sich nach ihrer Ansicht alle unverfänglich dem Automaten nähern und während der Nutzung steht die Person vom Wohnhaus abgewandt. Zudem sei der jetzige Standort bereits lange bekannt und etabliert sich nach der Rathausneubauphase wieder, so dass ein Umsetzen aus Sicht der Aids-Hilfe eher nachteilig wäre.

5. Sachstandsbericht zur Asylbewerbersituation

Zuweisungen

Im Jahr 2021 sind der Gemeinde Ostbevern von der Bezirksregierung Arnsberg bislang insgesamt sechs geflüchtete Personen zugewiesen worden. 4 davon kamen im Monat November 2021 nach Ostbevern. Es handelt sich dabei um eine Zusammenführung von einer Frau mit drei Kindern zum Ehemann, der bereits seit 2019 in Ostbevern lebt.

Die Erfüllungsquote nach dem FlüAG liegt bei 104,85 %, was einer Aufnahme über der Quote von 2 Personen entspricht (Stand 28.11.2021 auf Basis der Bestandserhebung zu September 2021).

Die Quote nach der Ausländerwohnsitzverordnung liegt bei 81,23 %. Dies entspricht einer Aufnahmeverpflichtung von 45 Personen (Stand 28.11.2021 auf Basis der Bestandserhebung zu Juli 2021).

Aktuelles

Nach Mitteilung der Ausländerbehörde Kreis Warendorf erfolgen derzeit von der Bezirksregierung Arnsberg vermehrte Neuzuweisungen an die Städte und Gemeinden, um Kapazitäten in den Erstaufnahmeeinrichtungen zu schaffen. Somit wird darauf hingewiesen, dass auch trotz erfüllter Zuweisungsquote mit weiteren Neuzuweisungen gerechnet werden muss. Für Ostbevern wurden weitere Neuzuweisungen jedoch aktuell noch nicht angekündigt.

Kindergarten- und Schulsituation

Im aktuellen Kindergartenjahr kann bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt unter Nutzung sämtlicher Ressourcen allen angemeldeten Flüchtlingskindern ein Kita-Platz zur Verfügung gestellt werden.

Von den 75 schulpflichtigen Kindern und Jugendlichen mit Flüchtlingshintergrund besuchen derzeit 18 Schülerinnen und Schüler die Ambrosius-Grundschule, 13 die Franz-von-Assisi-Schule und 44 die Josef-Annegarn-Schule.

Für die drei neu zugewiesenen Kinder läuft derzeit noch das Anmeldeverfahren.

Aktuelle Unterbringungssituation

Mit Stand 25.11.2021 sind 68 Flüchtlinge in gemeindlichen Flüchtlingsunterkünften oder in von der Gemeinde zur Flüchtlingsunterbringung angemieteten Privatwohnungen untergebracht. Zusätzlich werden von der Gemeinde 22 Geflüchtete mit einem Schutzstatus vom BAMF untergebracht, die nicht mehr dem Asylbewerberleistungsgesetz unterliegen und zurzeit zur Vermeidung von Obdachlosigkeit weiterhin in Wohnraum leben, der im Eigentum der Gemeinde steht oder zur Unterbringung von der Gemeinde angemietet ist.

Von den 90 Personen wohnen 22 Personen in der Flüchtlingsunterkunft Bahnhofstraße 92. Im Ortsteil Brock leben zurzeit 14 Personen an der Schmedehausener Straße 6 in der ehemaligen Schule Brock. Die beiden im Bock untergebrachten Familien leben dort in einem abgetrennten Wohnbereich. Die übrigen Personen leben in von der Gemeinde von privat angemieteten Wohnungen.

Zusätzlich zu den o.g. 90 Personen leben 10 weitere Asylbewerber in selbst angemieteten Wohnraum. Diese 10 Personen stellen ihren Lebensunterhalt inklusive den Unterkunftskosten aus eigenen finanziellen Mitteln sicher und verhalten sich für die Gemeinde kostenneutral.

Kostenerstattungen nach dem FlüAG NRW

Für die Monate Januar bis Oktober 2021 hat Ostbevern vom Land NRW insgesamt einen Betrag in Höhe von 270.192,00 € erhalten.

Finanzielle Situation

Die Erträge und Aufwendungen für das Jahr 2021 liegen zum gegenwärtigen Zeitpunkt im Rahmen des Etats.

7. Berichte aus den Gremien

Es werden keine Berichte gegeben.

8. Bericht der Jugendlichen

Melissa Korte informiert über die Teilnahme von Schülerinnen und Schülern des Gymnasiums Johanneum am diesjährigen Briefmarathon von Amnesty International zur Freilassung von politischen Gefangenen in aller Welt.

Darüber hinaus berichtet sie über den Besuch des Landtags in Düsseldorf im Rahmen der nachträglichen Ehrung zur Zertifizierung als Europaschule 2020.

9. Kitaplanung für das Jahr 2022/2023
Vorlage: 2021/249

Frau Frölich und *Herr Peters* vom Amt für Kinder, Jugendliche und Familien des Kreises Warendorf stellen die aktuelle Kindertagesstättenbedarfsplanung für das Jahr 2022 vor (Anlage 1).

Der Sachstandsbericht wird zur Kenntnis genommen. Die sich aus der aktuellen Kindertagesstättenbedarfsplanung für das kommende Kita-Jahr ggf. erforderlichen zusätzlichen Aufwendungen für Betriebskosten, Mietzahlungen sowie notwendige Um- und Erweiterungsaufwendungen sind im Haushalt für das Jahr 2022 zu veranschlagen.

10. Anträge von Fraktionen zu den Projekten "Kinderfreundliche Kommunen" und "Gemeinsam sind WIR stark"
- Rückmeldung des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien
Vorlage: 2021/250

Herr Bögge vom Amt für Kinder, Jugendliche und Familien gibt einen aktuellen Sachstand zu den Projekten „Gemeinsam sind wir stark“ und Kinderfreundliche Kommune“.

Frau Lamour weist darauf hin, dass zurzeit im Rahmen des Projektes „Gemeinsam sind wir stark“ lediglich eine Stelle mit halbem Stellenumfang an der Josef-Annegarn-Schule vorhanden sei, die aus Fördermitteln des Kreises Warendorf finanziert wird. Entgegen der Erläuterungen von *Herrn Bögge* sieht sie auch Bedarf für eine gemeinsame Stelle mit einem Umfang von 18 Wochenstunden für die Grundschulen. Sie führt aus, dass die vorhandenen niedrigschwelligen Angebote für Schüler und Eltern weitergeführt werden müssen und nicht im Sande verlaufen dürfen. Die Hemmschwelle zur Annahme der Angebote sei geringer, wenn sie vor Ort angeboten werden.

Herr Bögge entgegnet, dass seitens des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien zwar kein konkreter Bedarf für die Grundschulen dargestellt werden kann, jedoch gegen zusätzliche Sozialarbeit an den Schulen keine Einwände vorliegen und diese sogar sehr begrüßt wird. Er merkt jedoch an, dass das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien auch über anderweitige Beratungsangebote verfügt, mit denen bereits viele Eltern erreicht werden.

Frau Frölich ergänzt, dass das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien als überörtlicher Träger sich keinesfalls in Konkurrenz zu den örtlichen Angeboten sieht. Wenn die Schulleitungen und die Ausschussmitglieder einen Bedarf für zusätzliche Sozialarbeit an den Grundschulen sehen, können sie diese selbstverständlich anbieten.

Frau Dossow und *Herr Lunkebein* erläutern, dass sie den Ausführungen der Schulleitung vertrauen, da diese, wie *Attila Repkeny* vom Kinder- und Jugendwerk Ostbevern e. V., deutlich näher am örtlichen Geschehen sind als der Kreis Warendorf. Sie sprechen sich dafür aus, eine Sozialarbeiterstelle mit einem Umfang von 18 Wochenstunden für die Grundschulen zu schaffen und entsprechende Mittel hierfür im Haushalt einzustellen.

Frau Niedermeyer teilt mit, dass auch die CDU-Fraktion Bedarf für die vorgenannte Stelle sieht. Sie regt jedoch an, die Stelle zunächst auf 2 Jahre zu befristen und nach dem ersten Jahr den Bedarf über den Zeitraum hinaus zu analysieren.

Es besteht Einvernehmen, dass die Beschlussfassung über die Einstellung von Mitteln für eine Stelle an den Grundschulen mit halbem Stellenumfang im Rahmen des Programms „Gemeinsam sind wir stark“ unter TOP 15 erfolgen soll.

Frau Niedermeyer stellt dar, dass eine Auszeichnung als „Kinderfreundliche Kommune“ eine positive Auswirkung auf die Außendarstellung der Gemeinde Ostbevern hat, diese Auszeichnung jedoch auch mit hohen Kosten verbunden sei.

Frau Meyer-Dietrich regt an, anstatt der Teilnahme am Programm „Kinderfreundliche Kommune“ besser die Zusammenarbeit mit den Kinder- und Jugendwerk e. V. zu intensivieren und die dort vorhandenen Angebote zu erweitern.

Es besteht Einvernehmen, den Beschluss über die Teilnahme am Projekt „Kinderfreundliche Kommunen“ unter TOP 15“ zu fassen.

11. Festlegung der zu bildenden Eingangsklassen an den Grundschulen in der Gemeinde Ostbevern zum Schuljahr 2022/2023
Vorlage: 2021/237

Es wird beschlossen:

Zum Schuljahr 2022/23 werden an der Ambrosius-Grundschule drei Eingangsklassen und an der Franz-von-Assisi-Grundschule zwei Eingangsklassen gebildet.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

12. Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung mit ihren Anlagen für das Jahr 2022
- Produktbereich 03 - Schulträgeraufgaben
Vorlage: 2021/185

Herr Weglage erkundigt sich, ob für die Errichtung des überdachten Fahrradständers an der Josef-Annegarn-Schule Fördermittel beantragt wurden und ob ein Fördermittelbescheid schon vorliegt.

Herr Witt informiert, dass der Antrag auf Fördermittel für die Maßnahme nach dem letztjährigen Beschluss in den Haushaltsberatungen gestellt wurde. Da die Entscheidung über die Fördermittelvergabe vom Land nur einmal jährlich getroffen wird, steht eine Entscheidung über die Fördermittel vom Land noch aus.

Herr Lunkebein erklärt, dass es schwer vermittelbar sei, dass ein Bus eines auswärtigen Busunternehmens nach Ostbevern fahren muss, um den Transfer der Schüler des Gymnasiums Johanneum zum Beverbad und zurück zum Schulgelände sicherzustellen. Er bittet um Prüfung, ob nicht klimaschonendere Alternativen zum Bustransfer gefunden werden können.

Frau Korte erwidert, dass die Hin- und Rückfahrt mit dem Fahrrad mehr Zeit in Anspruch nimmt und somit die Schwimmzeit reduziere. Zudem gibt es auswärtige Schüler, die mit dem Bus zur Schule nach Ostbevern kommen und vor Ort über kein Fahrrad verfügen.

Frau Dossow fragt an, ob bei einer alternativen Anfahrt mit dem Fahrrad oder dem Transport mit einem Elterntaxi der Versicherungsschutz gegeben sei.

Herr Haase entgegnet, dass der Versicherungsschutz für die Schüler bei einem Transfer zum Beverbad auch mit alternativen Transportgelegenheiten gewährleistet sei. Er merkt jedoch an, dass der Einsatz eines Busses die klimaschonendere Variante zu mehreren Autos sei.

Frau Beiers unterbreitet den Vorschlag, einen Arbeitskreis zur Realisierung einer klimaneutraleren Alternative zum Bustransfer zu bilden. In diesem Rahmen regt Frau Beiers die Anschaffung einer Fahrradflotte an, an diese auch eine Fahrradwerkstatt angegliedert werden könnte.

Herr Weglage erkundigt sich, ob für die Anschaffung von coronagerechten raumluftechnischen Anlagen für die Schulen ein entsprechender Förderantrag beim Bund gestellt worden ist.

Herr Dr. König und *Herr Witt* berichten, dass die von der Verwaltung beauftragte Firma Merker AG für die Stellung des Förderantrags zuständig ist. Der aktuelle Sachstand zum Förderantrag wird bei der Firma Merker AG erfragt und in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 09.12.2021 mitgeteilt.

Die Ausschussmitglieder vereinbaren daraufhin einvernehmlich, die notwendige Beschlussfassung über die Einstellung von Finanzmitteln für den Einbau von coronagerechten raumluftechnischen Anlagen im Haushaltsjahr 2022 in die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 09.12.2021 zu vertagen.

Frau Niedermeier stellt den Antrag der CDU-Fraktion vor, den im Haushaltsentwurf für das Jahr 2022 veranschlagten Betrag von 10,1 Mio. € für den Neubau einer Schule auf 1 € herabzusetzen. Ergänzend führt *Frau Meyer-Dietrich* den Antrag der FDP-Fraktion aus, die vorgenannten Mittel für den Neubau der Schule aus dem Haushalt für das Jahr 2022 vollumfänglich zu streichen.

Dr. König empfiehlt, den Mittelansatz für den Neubau der Schule für das Jahr 2022 nicht komplett zu streichen. Er sieht die Notwendigkeit, zumindest Planungskosten in adäquater Höhe im Haushalt 2022 darzustellen.

Frau Dossow schlägt vor, Planungskosten in Höhe von 100.000 € im Haushalt für das Jahr 2022 einzuplanen und die Einstellung der Mittel für den Neubau der Schule in Höhe von 10 Mio. € erst im Jahr 2023 vorzunehmen.

Frau Niedermeier zieht den ursprünglichen Antrag der CDU-Fraktion zurück und formuliert stattdessen den Antrag, Planungskosten in Höhe von 100.000 € im Haushalt 2022 einzustellen und die Mittel für den Neubau der Schule in Höhe von 10 Mio. € zu streichen.

Da der Antrag der CDU-Fraktion der weitergehende Antrag ist, wird eine Entscheidung über diesen Antrag getroffen.

Es wird beschlossen:

Die im Haushalt 2022 für den Neubau einer Schule eingeplanten Mittel in Höhe von 10,1 Mio. € werden auf Planungskosten in Höhe von 100.000 € reduziert.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen

	Gesamt	CDU	B90/G.	SPD	FDP
Ja	9	7		2	
Nein	4		4		
Enthaltung	2				2

Der Antrag ist angenommen.

Frau Meyer-Dietrich erläutert den Antrag der FDP-Fraktion hinsichtlich der Bitte um Prüfung des Einsatzes einer Bedarfsampel zur Schulwegsicherung an der Kreuzung Johannes-Poggenburg-Straße / Hauptstraße. Ergänzend hierzu stellt *Frau Niedermeier* den Antrag der CDU-Fraktion zur Errichtung einer Ampel an der Kreuzung Engelstraße / Lienener Damm / Erbdrostenstraße vor.

Frau Läkamp äußert Unverständnis hinsichtlich der fehlenden Bedarfseinschätzung für eine Ampel an der Kreuzung Hauptstraße / Johannes-Poggenburg-Straße seitens der Straßenverkehrsbehörde. Auch wenn bisher kein Unfall an der Kreuzung registriert wurde, fordert sie, mit der Errichtung einer Bedarfsampel vorausschauend zu agieren und nicht erst nach Eintritt eines Unfalles verkehrssichernde Maßnahmen einzuleiten.

Herr Weglage befürwortet ebenfalls den Einsatz einer Bedarfsampel an der Kreuzung Johannes-Poggenburg-Straße / Hauptstraße und sieht einen zusätzlichen Bedarf für eine Ampel an der Kreuzung Engelstraße / Lienener Damm / Erbdrostenstraße. Darüber hinaus bittet er die Verwaltung um Stellungnahme, warum der bei der Errichtung der Westumgehung anvisierte Tausch des Eigen-

tums an den Flächen der Landesstraßen Hauptstraße und Engelstraße gegen das Eigentum der Gemeinde an den Flächen der neu errichteten Westtangente noch nicht mit dem Landesstraßenbetrieb Nordrhein-Westfalen durchgeführt wurde.

Herr Witt erläutert, dass sich die Landesstraßen Hauptstraße und Engelstraße in einem schlechten Zustand befinden. Die im Eigentum der Gemeinde stehende Westumgehung sei hingegen in einem guten Zustand, sodass ein Tauschgeschäft aktuell für die Gemeinde nicht wirtschaftlich wäre. Ergänzend erklärt *Herr Witt*, dass auch nach einem potenziellen Eigentumstausch die Gemeinde nicht beliebig verkehrssichernde Maßnahmen an den Straßenverkehrsflächen ergreifen kann, sondern diese weiterhin der Zustimmung der Straßenverkehrsbehörde bedürfen.

Hinsichtlich des Antrags der FDP-Fraktion wird nachfolgender Beschluss gefasst:

Im Rahmen erforderlicher Maßnahmen zur Schulwegsicherung soll eine Bedarfssampel an der Kreuzung Hauptstraße / Johannes-Poggenburg-Straße errichtet werden.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Hinsichtlich des Antrags der CDU-Fraktion wird beschlossen:

Im Rahmen erforderlicher Maßnahmen zur Schulwegsicherung soll eine Ampel an der Kreuzung Engelstraße / Lienener Damm / Erbdrostenstraße errichtet werden.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Frau Dossow erläutert den Antrag der SPD Fraktion hinsichtlich der Einstellung von Mitteln in Höhe von 10.000 € für zusätzliche Betreuungs- und Nachhilfemöglichkeiten im Rahmen des Projekts „Aufholen nach Corona“.

Herr Behnen erwidert, dass bereits ausreichende finanzielle Mittel bereitstehen, die für Projekte wie „Aufholen nach Corona“ verwendet werden können. Vielmehr scheitere es an der Ausführung, weil geeignetes Personal hierfür zurzeit nicht verfügbar ist. Er sieht keine Notwendigkeit für die Einstellung zusätzlicher

finanzieller Mittel in den Haushalt.

Frau Dossow zieht den Antrag der SPD-Fraktion zurück.

13. Schule für Musik im Kreis Warendorf e. V.
- Festlegung des Abstimmungsverhaltens der Vertreter der Gemeinde
Ostbevern in der Mitgliederversammlung
Vorlage: 2021/190

Folgender Beschluss wird gefasst:

Die von der Gemeinde Ostbevern entsandten Vertreter werden ermächtigt, dem Haushaltsplan für das Jahr 2022 in der Mitgliederversammlung der Schule für Musik im Kreis Warendorf e. V. zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

14. Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung mit ihren Anlagen für das
Jahr 2022
- Produktbereich 04 - Kultur
Vorlage: 2021/186

Herr Gutsche erkundigt sich, ob in der Kulturwerkstatt bereits Kursangebote der Volkshochschule Warendorf stattfinden oder ob bei der Volkshochschule Werbung für die Räumlichkeiten betrieben werden muss, um Kursangebote nach Ostbevern zu locken.

Frau Roggenland erwidert, dass zurzeit ein Deutschkurs für ausländische Mitbürger in der Kulturwerkstatt durchgeführt wird. *Herr Stegemann* ergänzt, dass weitere Maßnahmen dort stattfinden sollten, welche jedoch pandemiebedingt nicht realisiert werden konnten.

Herr Everwin fragt an, ob in dem für die künstlerische Gestaltung der Kreisverkehre an der Westumgehung eingestellten Mittelansatz von 15.000 € bereits Fördermittel enthalten sind.

Herr Stegemann erwidert, dass die Fördermittel im Mittelansatz bereits enthalten sind. Den Initiativen werden im Rahmen der Realisierung der Projekte von der Gemeinde die entsprechenden Mittel zur Verfügung gestellt.

**15. Kinder- und Jugendwerk Ostbevern e. V.
- Festlegung des Abstimmungsverhaltens der Vertreter der Gemeinde
Ostbevern in der Mitgliederversammlung
Vorlage: 2021/189**

Hinsichtlich der Beratungen zu den Projekten „Gemeinsam sind wir stark“ und „Kinderfreundliche Kommune“ wird auf die Ausführungen unter TOP 10 verwiesen.

Es wird beschlossen:

Für die beiden Grundschulen wird eine Stelle beim Kinder- und Jugendwerk Ostbevern e. V. mit einem Umfang von 18 Wochenstunden für die Durchführung des Projekts „Gemeinsam sind wir stark“ eingerichtet. Die Stelle ist befristet auf 2 Jahre. Für die Stelle werden zusätzliche Haushaltsmittel beim Kinder- und Jugendwerk Ostbevern e. V. in Höhe von jeweils 30.000 € in den Haushaltsjahren 2022 und 2023 eingestellt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Frau Niedermeier von der CDU-Fraktion stellt den Antrag, Abstand von der Teilnahme am Projekt „Kinderfreundliche Kommune“ zu nehmen und keine Mittel für das Projekt im Haushalt 2022 einzustellen.

Es wird nachfolgender Beschluss gefasst:

Von einem Beitritt zum Projekt „Kinderfreundliche Kommune“ wird Abstand genommen. Es werden keine Mittel im Haushalt für das Jahr 2022 dargestellt.

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen

	Gesamt	CDU	B90/G.	SPD	FDP
Ja	8	6			2
Nein	7		5	2	
Enthaltung					

Der Antrag ist somit angenommen.

Darüber hinaus wird beschlossen:

Die von der Gemeinde Ostbevern entsandten Mitglieder werden ermächtigt, in der Mitgliederversammlung des Kinder- und Jugendwerkes Ostbevern e. V. dem Haushalt für das Jahr 2022 zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

16. Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung mit ihren Anlagen für das Jahr 2022

- Produktbereich 05 - Soziale Leistungen

- Produktbereich 06 - Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

- Produktbereich 10 - Bauen und Wohnen

Vorlage: 2021/187

Frau Dossow stellt den Antrag der SPD-Fraktion hinsichtlich der beantragten Erhöhung des jährlichen Zuschusses für die Frauenhäuser Telgte und Warendorf von jeweils 250 € auf jeweils 1.000 € für das Haushaltsjahr 2022 vor.

Über den Antrag wird wie folgt beschlossen:

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

	Gesamt	CDU	B90/G.	SPD	FDP
Ja	8		4	2	2
Nein	6	6			
Enthaltung	1	1			

Der Antrag ist somit angenommen.

Der Verein Ndaba-Ostbevern e. V. beantragt mit Schreiben vom 09.10.2021 einen Zuschuss in Höhe von 1.500 € für das Jahr 2022 im Rahmen der Errichtung einer Ausbildungsstätte in Ruanda.

Über den Antrag wird wie folgt beschlossen:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Der Antrag ist somit angenommen.

17. Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung mit ihren Anlagen für das Jahr 2022

- Produktbereich 06 - Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

- Produktbereich 08 - Sportförderung

Vorlage: 2021/188

Herr Lunkebein stellt den Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen hinsichtlich der Einstellung zusätzlicher Mittel in Höhe von 10.000 € im Haushalt 2022 für die inklusive und ökologische Gestaltung von Spielplätzen vor.

Es wird beschlossen:

Für die inklusive und ökologische Gestaltung der gemeindlichen Spielplätze werden zusätzliche 10.000 € im Haushalt 2022 eingestellt.

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 8 Enthaltungen

	Gesamt	BM	CDU	B90/G.	SPD	FDP
Ja	6			4	2	
Nein	1		1			
Enthaltung	8		6			2

Der Antrag ist somit angenommen.

Herr Witt erläutert, dass bei Erstellung des Haushaltsplanentwurfs für die fachgerechte Erstellung des Unterbaus für den Umbau der vorhandenen Tennisfläche in ein Kunststoffspielfeld und den Umbau der Weitsprunganlage Mitteln in Höhe von 25.000 € ausgegangen werden musste. Nach Vorlage und Auswertung der im Anschluss durchgeführten Baugrunduntersuchung erhöhen sich die Kosten für die Erstellung des Unterbaus auf 180.000 €. Der Mittelansatz für die gesamte Maßnahme inklusive der Beleuchtung des Kunststofffeldes muss daher mittlerweile auf 280.000 € beziffert werden.

Herr Haase fragt an, ob es kostengünstigere Alternativen zur geplanten Bauweise gibt.

Herr Witt erwidert, dass für das Vorhaben DIN-Normen zu beachten sind. Um nach Fertigstellung einen dauerhaften Erhalt der Sportflächen gewährleisten zu können, müssen die erhöhten Baukosten in Ansatz gebracht werden.

Herr Lunkebein merkt an, dass die erheblichen Mehrkosten bereits sehr kontrovers innerhalb seiner Fraktion diskutiert wurden. Er regt an, den Beschluss zurückzustellen, um weitere Beratungen innerhalb der Fraktionen bis zum nächsten Haupt- und Finanzausschuss durchführen zu können.

Es besteht Einvernehmen, dass die Beschlussfassung hinsichtlich der Einstellung der erhöhten Kosten für den Umbau der Tennenfläche und der Weitsprunganlage bis zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses zurückgestellt wird.

Die Schießriege Ostbevern e. V. beantragt zusätzlich zu dem jährlichen Vereinszuschuss gemäß der Sportförderrichtlinie einen Zuschuss für die Anschaffung eines neuen Luftgewehrs in Höhe von 400 €.

Über den Antrag wird wie folgt beschlossen:

Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen

	Gesamt	CDU	B90/G.	SPD	FDP
Ja	5	4			1
Nein	6		4	2	
Enthaltung	4	3			1

Der Antrag auf Bezuschussung des Luftgewehrs ist somit abgelehnt.

Frau Dossow stellt den Antrag der SPD-Fraktion hinsichtlich der Einstellung zusätzlicher Mittel in Höhe von 10.000 € für die Umgestaltung der vorhandenen BMX-Fläche am Nordring und die Errichtung von Sitzgelegenheiten für Jugendliche vor.

Frau Dossow erläutert, dass die Umgestaltung der Fläche nicht zwingend in einer BMX-Strecke enden muss. Wenn die Jugendliche eine andere Nutzung wünschen, sollte dem Wunsch der Nutzer nachgekommen werden.

Herr Gutsche erklärt, dass die Jugendlichen sich gerne an windgeschützten, überdachten und beleuchteten Treffpunkten aufhalten. Dies sollte bei der Errichtung der Sitzgelegenheiten berücksichtigt werden.

Es wird beschlossen:

Für die Umgestaltung der vorhandenen BMX-Fläche am Nordring werden 10.000 € im Haushalt 2022 eingeplant.

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen

	Gesamt	CDU	B90/G.	SPD	FDP
Ja	8		4	2	2
Nein	5	5			
Enthaltung	2	2			

Der Antrag ist somit angenommen.

Weiter wird beschlossen:

Für die Errichtung von Sitzgelegenheiten werden 5.000 € im Haushalt 2022 eingestellt.

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 2 Enthaltungen

	Gesamt	CDU	B90/G.	SPD	FDP
Ja	12	4	4	2	2
Nein	1	1			
Enthaltung	2	2			

Der Antrag ist somit angenommen.

Herr Lunkebein stellt den Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen hinsichtlich des Verzichts auf Weiterverfolgung des Umbaus der Beverhalle in eine Versammlungsstätte vor und schlägt alternativ vor, für Großveranstaltungen die Aufstellung eines geeigneten Festzeltes zu bezuschussen. Der Mittelansatz für die Baumaßnahme soll in der Folge aus dem Haushalt für das Jahr 2022 gestrichen werden.

Frau Läkamp führt ergänzend den Antrag der FDP-Fraktion aus, die geplanten Mittel für den Umbau der Beverhalle zurückzustellen, bis ein konkreter Bedarf an Großveranstaltungen die Realisierung der Baumaßnahme in Zukunft notwendig macht.

Herr Lunkebein fragt bei der Verwaltung an, ob sich ein Verzicht auf die Bau-
maßnahme auf den aktuellen Regelbetrieb in der Beverhalle auswirkt oder die-
ser auch ohne die Maßnahme weiterhin betrieben werden kann.

Herr Piochowiak erwidert, dass die aktuelle Nutzung für den Schul- und Ver-
einssport nicht gefährdet sei. Er erinnert, dass die Intention bei Errichtung der
Beverhalle über eine sportliche Nutzung hinausging und gleichzeitig eine Ver-
sammlungsstätte für kulturelle und weitere Veranstaltungen geschaffen wer-
den sollte. Dies ist baurechtlich zurzeit nicht gegeben.

Herr Schapmann merkt an, dass die Nutzung des sich im Wasserschutzgebiet
befindlichen Schützenplatzes lediglich für eine sehr begrenzte Anzahl von Ver-
anstaltungen vom Kreis Warendorf gestattet wird. Durch den Verzicht auf die
Umnutzung der Beverhalle wird die Möglichkeit eingeschränkt, größere Veran-
staltung vor Ort stattfinden zu lassen.

Herr Weglage ergänzt, dass der Verzicht auf die geplante Umnutzung der Be-
verhalle auch eine Einschränkung der in den örtlichen Vereinen gut geleisteten
ehrenamtlichen Arbeit darstelle.

Nach Erörterung wird einvernehmlich entschieden, die Beschlussfassung bis zur
Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 09.12.2021 zurückzustellen.

18. Anfragen nach § 17 der Geschäftsordnung

Es werden keine Anfragen gestellt.

Anja Beiers
Ausschussvorsitzende

Matthias Fricke
Schriftführer

gesehen:

Karl Piochowiak
Bürgermeister

Anlage

- 1 Präsentation des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien des Kreises Warendorf zur Kinderbetreuungssituation 2022/2023